



THEMEN

[Anträge zur 38. BVV-Tagung](#)

[Kleine Anfrage an das Bezirksamt](#)

[Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Pankow](#)

[Güterbahnhof Greifswalder Straße – eine Brache mausert sich](#)

[Aufregung nach Modernisierungsankündigung in der Knaackstraße](#)

[Schlachthofgelände: Brachen verschwinden – Denkmäler bleiben](#)

Liebe Leserinnen und Leser,

die ganze Stadt beschäftigt sich mit den Standorten für Modulare Unterkünfte für Geflüchtete und für Container zur Unterbringung. In Pankow werden natürlich auch einige der neuen Domizile entstehen und Pankow ist bereit dazu. Die Hilfsbereitschaft der Alteingesessenen für die Schutzsuchenden reißt nicht ab. Für die Pankowerinnen und Pankower ist ein schönes Willkommen für die Neuankömmlinge Ehrensache.

Der Bezirk, die BVV und das Bezirksamt, achten bei der Auswahl der Grundstücke darauf, dass sie nach vernünftigen Kriterien erfolgt. Es ist wichtig, dass die Unterkünfte gut angebunden sind und vor Ort eine soziale und verkehrliche Infrastruktur bestehen, damit die Integration gut gelingen kann. Dafür ist eine gleichmäßige regionale Verteilung im Bezirk sinnvoll. In Pankow wird für die Zukunft geplant und dabei wird neben Wohnstandorten vor allem auf Platz für die soziale Infrastruktur und Gewerbe geachtet. Diese Planungen möchten wir bei der Auswahl von Grundstücken berücksichtigt wissen und informieren deshalb die Senatsverwaltung frühzeitig darüber. Denn Schulen und Kitas, Stadtteil- und Familienzentren oder Standorte für Arbeitsplätze braucht Pankow für die Versorgung der alten und neuen Einwohnerinnen und Einwohner.

Es sollten vor allem kleinere Unterkünfte gebaut werden, denn große Containerdörfer mit 500 oder mehr Bewohnerinnen und Bewohnern sind schwer zu verwalten und fördern die Entmischung der Bevölkerung. Entgegen der Vorstellung des Senats sind die Pankower Grundstücke Greifswalder Str. 80d und Kniprodestraße/Danziger Straße deshalb sehr gut geeignet um Geflüchtete unter zu bringen.

Bündnis 90/Die Grünen werden weiter die Schutzsuchenden und die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer unterstützen. Unsere nächste große Aufgabe ist die Integration. Dafür brauchen wir Kita- und Schulplätze für die Kinder sowie schnellstmöglich Deutschkurse und Praktika, Ausbildungs- oder Arbeitsplätze für die Erwachsenen. Wir werden uns dieser Aufgabe widmen, damit wir alle unsere Chancen nutzen können.

Mit bündnisgrünen Grüßen

[Daniela Billig](#) und [Cornelius Bechtler](#), Fraktionsvorsitzende

Anträge zur 38. BVV-Tagung am 2. März 2016

- [Nachwahl von Daniela Billig in den Integrationsbeirat Pankow](#)
- [Professionelle Unterstützung für Opfer von Gewalt in Unterkünften](#)
- Änderungsantrag Drs.: [Vorgaben für die weitere Entwicklung des Güterbahnhofs Greifswalder Straße](#)
- [Keine teuren und unsozialen Sanierungsmaßnahmen der kommunalen GEWOBAG im Milieuschutzgebiet Kollwitzplatz!](#) (Mitzeichnung)
- [Projekt Pankower Tor: Vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung im Parallelverfahren durchführen](#) (Mitzeichnung)
- [Florakiez vom Durchgangsverkehr entlasten und Haltestellensituation am S+U-Bahnhof Pankow verbessern](#) (Mitzeichnung)

→ [Tagesordnung der BVV-Tagung](#)

Aktuelle Kleine Anfrage an das Bezirksamt

- [KA-0930/VII – Wird der Tierschutz bei Beweidungsprojekten sichergestellt?](#)

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bezirk Pankow

Am 17.02.2016 trat die BVV Pankow im Rahmen einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Bezirk Pankow von Berlin“ zusammen.

Nach einleitenden Worten der Bezirksstadträtin Zürn-Kasztantowicz zum Stand der Umsetzung der UN-BRK in Pankow wurde das Thema durch Fachreferenten und Fachreferentinnen von verschiedenen Seiten beleuchtet. Hierbei wurde zum einen hervorgehoben, dass die UN-BRK nun seit ihrer Ratifizierung geltendes Recht in Deutschland ist, zum anderen, dass sich Barrierefreiheit nicht in Aspekten baulicher Gestaltung erschöpft. Claudia Tietz (Referentin, Sozialverband Deutschland – SoVD) berichtete über die internationale und bundesweite Umsetzung der UN-BRK; Dominik Peter (Vorsitzender des Berliner Behindertenverbandes e.V.) über die Umsetzung der UN-BRK im Land Berlin am Beispiel der Bauordnung.

Die UN-BRK steht im Rang einfachem Bundesrecht gleich, d.h. sie muss grundsätzlich bei allen Entscheidungen der Verwaltung genauso beachtet werden, wie andere Bundesgesetze, und geht widersprechenden landesgesetzlichen Regelungen vor. Die Referentin Ulrike Pohl vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin wies darauf hin, dass dies noch nicht in jedem Fall beachtet wird und viele gesetzliche Regelungen dieser Rechtslage erst angepasst werden müssen (Berliner PsychKG, Bauordnung Berlin etc.).

Auch in der Berliner Verwaltung ist ein Bewusstseinswandel notwendig, damit Inklusion und Barrierefreiheit nicht nur als wünschenswerter Zusatz (der unter Finanzierungsvorbehalt steht) sondern als verpflichtender Auftrag an die Verwaltung und als subjektives Recht der Betroffenen wahrgenommen wird.

Zwar beeinflusst die bauliche Gestaltung einen großen Teil der Barrieren für Menschen mit Körperbehinderungen (und auch für ältere Menschen und Kleinkinder). Barrierefreiheit erschöpft sich aber nicht in der baulichen Gestaltung. Sie ist Querschnittsaufgabe und betrifft damit alle Fachbereiche.

Zugang zu Informationen, etwa durch Ausfüllhinweise und Bescheide in leichter Sprache, sind ebenso Aspekte, die bei der Barrierefreiheit berücksichtigt werden müssen, wie Sprachmittler, taktile und akustische Leitsysteme und die Schulung der Mitarbeiter der Verwaltung, damit diese lernen mit Menschen mit körperlichen, geistigen und/oder seelischen Beeinträchtigungen umzugehen, ihre Bedürfnisse (etwa an die Notwendigkeit von Erläuterungen und Unterstützung) zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.

Die Veranstaltung, die vom Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Senioren der BVV Pankow initiiert wurde, war der Auftakt für die Erarbeitung eines neuen Inklusions- und Behindertenkonzepts des Bezirks. Eine Aufgabe, die bis zum Ende der Legislaturperiode sicher noch nicht abgeschlossen sein wird. In seiner Sitzung am 24.02.2016 hat der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Senioren einstimmig einen Antrag zur Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes beschlossen.

[Stefan Senkel](#)

Sozialpolitischer Sprecher

Güterbahnhof Greifswalder Straße – eine Brache mausert sich

Die Beschlüsse der BVV zum Stadtentwicklungsplan Wohnen 2013 waren eindeutig. Dort gab es den Auftrag, den Güterbahnhof Greifswalder Straße als Wohnungsbaustandort zu entwickeln. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Ernst-Thälmann-Park hat dies präzisiert und bestätigt. Daher war der am S-Bahnhof Greifswalder Straße gelegene westliche Teil des Güterbahnhofs Greifswalder Straße – bestens an den ÖPNV angeschlossen – in den letzten Monaten Gegenstand intensiver Betrachtungen von Bezirksamt, der GEWOBAG und des privaten Eigentümers, der in dem Areal größere Flächen besitzt. In einem Werkstattverfahren wurde die Machbarkeit für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept festgelegten Planungsziele, die Erweiterung des Schulcampus auf eine 4 – 5-zügige Grundschule mit KiTa, durchgehender Grünzug sowie Fuß- und Radweg zwischen Greifswalder Straße und Prenzlauer Allee und natürlich Wohnungsbau untersucht. Dabei ist an diesem Ort viel zu berücksichtigen, bspw. die Fernwärmeleitung, der Bahn- und Straßenlärm, die durch den Bahndamm sehr unterschiedlichen Geländehöhen, die bestehende und künftige Stellplatzsituation, der Denkmalschutz des angrenzenden Thälmann-Parks. Aus der Beschäftigung mit diesem ganzen Themenkomplexen und der Beantwortung vieler Fragen entstand in einem kooperativen Verfahren ein städtebaulicher Entwurf, der mit ca. 600 Wohnungen, einem Hotel bzw. Studentenwohnheim, dem Grünzug, dem erweiterten Schulcampus und einem Stadtplatz am S-Bahnhof Greifswalder die Planungsziele aufgreift und präzisiert.

Die Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchungen wurden Anfang Januar 2016 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen vorgestellt und vor allem wegen der Anzahl der Wohnungen diskutiert. In den nächsten Monaten wird die städtebauliche Idee weiterentwickelt und die Vorbereitungen für die Aufstellung eines Bebauungsplans getroffen.

Wo wenn nicht an diesem Ort sollten Wohnungen gebaut, Schulen erweitert und Grünzüge geschaffen werden.

[Jens-Holger Kirchner](#)

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung

Modernisierung in der Knaackstraße angekündigt – GEWOBAG sorgt für Aufregung

Modernisierungsankündigungen sind immer Aufreger, selbst wenn sie von einer städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft kommen. Wenn sie aber auch noch unangekündigt kommen, ist die Aufregung umso größer. Und eigentlich völlig unnötig. Das ging schon mal besser, z.B. mit einer Mieterversammlung, wo über die Pläne informiert wird, die Verfahren erläutert werden, die Mieterberatung sich vorstellen kann. Die Mieter des GEWOBAG-Blockes in der Knaackstraße gegenüber der Grundschule haben sich am 12. Februar versammelt, nachdem unangekündigt im ganzen Block die Modernisierungsankündigungen eingegangen waren. Das war auch nötig, da die Situation erörtert, Informationen einzuholen und auszutauschen und nächste Schritte zu beraten waren. Unverständnis über das Vorgehen der GEWOBAG war vermischt mit der Sorge um die Zukunft, weil die Höhe der künftigen Mieten dem einen oder anderen Mieter schon Sorgenfalten ins Gesicht trieben. Unterstützt wurde die Versammlung von der bezirklichen Mieterberatung und mir als Stadtrat für Stadtentwicklung, beratend begleitet von Kommunalpolitikern und Kandidaten für das Abgeordnetenhaus. Verabredet wurde, dass die GEWOBAG für mehr Transparenz sorgen soll und im besten Fall die Mieterversammlung nachholen sollte. Mittlerweile hat die GEWOBAG auch reagiert. Zwar wird es keine Mieterversammlung geben, aber ab dem 3. März 2016 wird die von der GEWOBAG beauftragte Mieterberatung GEWOBAG MB (eine Tochterfirma) mit einem Vor-Ort-Büro präsent sein und für die anstehenden Einzelgespräche zur Verfügung stehen. Die gute Nachricht: Die GEWOBAG teilte auf Anfrage mit, dass sie selbstverständlich die bisher gültigen Härtefallregeln anwenden wird.

Wir werden den Prozess in jedem Fall weiter begleiten. Bleibt zu hoffen, dass nach dem holprigen Auftakt das bisherige Verfahren mit den weitreichenden Möglichkeiten zum Mieterschutz greift.

[Jens-Holger Kirchner](#)

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung

Letzte Brachen auf dem Schlachthofgelände sollen verschwinden – Denkmäler bleiben erhalten

An der Landsberger Allee kurz vor dem S-Bahn-Graben erinnert eine letzte Brache und drei dem Verfall preisgegebene Hallen daran, dass die Umwandlung des ehemaligen Schlachthofgeländes zu einem wiederbelebten Teil Berlins noch nicht ganz abgeschlossen ist. Wohnungsbau, Grünflächen, KiTas, Handel und Gewerbe haben mittlerweile das Bild des Schlachthofes neu gezeichnet. Die Planungen für dieses Gelände sind schon älter und stammen noch aus der Zeit, als das Schlachthofgelände städtebauliches Entwicklungsgebiet war und das Land Berlin die Voraussetzungen für eine städtebauliche Neuordnung schuf. Dafür wurden auch mit Bebauungsplänen Baurechte geschaffen, u.a. für die in Rede stehende Fläche. Es besteht dort Baurecht. Es geht also um das Wie, nicht um das Ob. Nach fünf Anläufen haben sich nunmehr die Pläne der das benachbarte Hotel besitzenden Firmengruppe verdichtet und konkretisiert, auf dieser auch in ihrem Besitz befindlichen Fläche ein Kongress- und Veranstaltungszentrum zu bauen und in den denkmalgeschützten Hallen Handel, Gastronomie und Gewerbe anzusiedeln. Eine Fußgängerbrücke soll das Hotel mit dem Kongressareal verbinden. Das geplante Kongresszentrum soll in seiner Dimensionierung die Lücke zwischen den ganz Großen in Berlin (wie Estrel) und den eher Kleineren in vielen Hotels schließen. Der Bedarf danach ist in der Tat enorm, Berlin ist auch für die Veranstaltung von Kongressen stark nachgefragt.

Das Verkehrskonzept für den Bereich wurde unlängst im Ausschuss für Verkehr und öffentliche Ordnung vorgestellt und bestätigt. Dabei wurde begrüßt, dass die Ver- und Entsorgung des Kongresscenters die Wohnbebauung nicht tangiert und die Lage für die Anbindung an den ÖPNV mit S-Bahn und Tram ideal ist.

[Jens-Holger Kirchner](#)

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung

TERMINE

Der Newsletter mit aktuellen Infos über wichtige Themen aus dem Bezirk und unsere Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) erscheint in der Regel zu den Tagungen der BVV Pankow.

Frühere Ausgaben des Newsletters können Sie auf unserer Internetseite nachlesen:

<http://gruene-fraktion-pankow.de/news-presse/newsletter-fraktion-aktuell/>

Herausgeber des Newsletters:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin,

[Daniela Billig](#), [Cornelius Bechtler](#) (V.i.S.d.P.)

in Kooperation mit [Jens-Holger Kirchner](#) (stellv. Bezirksbürgermeister u. Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung)

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Telefon: 030/ 902 95 50 07

E-Mail: info@gruene-fraktion-pankow.de

www.gruene-fraktion-pankow.de

Redaktion: [Sabine Wagner](#)

Newsletter abbestellen: E-Mail an newsletter-unsubscribe@gruene-fraktion-pankow.de